

# Laibacher Zeitung.

Nr. 26.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 31. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1867.

## Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni 1867:

|   |              |
|---|--------------|
| Im Comptoir offen . . . . .               | 4 fl. 60 kr. |
| Im Comptoir unter Convert . . . . .       | 5 " — "      |
| Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . . | 5 " — "      |
| Mit Post unter Schleißen . . . . .        | 6 " 25 "     |

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 26. Jänner d. J. den Ministerialrath im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Sisinio von Pretis-Cagnodo zum Sectionschef extra statum dieses Ministeriums allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat den Controllor der Landeshauptcasse in Klagenfurt Jakob Leitner zum Controllor der Landeshauptcasse in Laibach und den Cassier der Landeshauptcasse in Graz Karl Paulin zum Controllor der Landeshauptcasse in Klagenfurt ernannt.

Der Justizminister hat dem disponiblen Landesgerichtsrathe Joseph Edlen von Marquet eine bei dem Landesgerichte in Linz erledigte Landesgerichtsrathsstelle verliehen.

Am 29. Jänner 1867 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 16 die Concessionsurkunde vom 11. Jänner 1867 für die Buschtetradener Eisenbahngesellschaft, zum Betriebe ihrer Locomotiv-Eisenbahnen von Prag nach Wejshybla und von Kladno nach Kralup mit Einschluß der bestehenden Fährbahnen und der der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft gehörigen Strecke der Ruzicer Bahn von Wejshybla bis Kladno, dann zur Umgestaltung ihrer Pferdebahn von Wejshybla bis Pinie in eine Locomotiveisenbahn und zur Verbindung ihrer Linien mit den concessionsirten Nachbarbahnen in den Richtungen gegen Ruzna, Kruppa, Bubna und eventuell Smichow. (Nr. Ztg. Nr. 24 v. 29. Jänner.)

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 31. Jänner.

Ueber die orientalische Politik Oesterreichs enthält die „Triester Zeitung“ zwei Schreiben aus Wien, deren letzteres insbesondere den Standpunkt unserer Regierung in dieser Frage nach „aus verlässlicher Quelle geschöpften Nachrichten“ gegenüber den vielfach unrichtigen Commentierungen der Stellung, welche unser Cabinet in der orientalischen Frage einnimmt, in einer Weise präcisirt, welche, wie uns scheint, den österreichischen Verhältnissen vollkommen entspricht.

Das Schreiben, welches vom 28. d. M. datirt ist, lautet: „Die Initiative ist diesmal allerdings, wenn auch in weit begrenzterem Sinne als man dies gewöhnlich annimmt, von Oesterreich ausgegangen. Es liegt also darin allerdings ein Bruch mit den bisherigen österreichischen Traditionen, ein Bruch, der aber bei einem Staatsmann, wie Baron Beust, um so weniger überraschen kann, als er schon bei Uebnahme seines Amtes offen erklärt hat, nicht die von der österreichischen Politik hierin bisher befolgten Wege zu wandeln. Die Differenz zwischen der Pforte und Serbien mit Bezug auf die türkischen Besatzungen in letzterem Lande bot dem Minister des Aeußern zuerst eine Veranlassung, seinen Ueberzeugungen Ausdruck zu verleihen, und bezüglich dieser Angelegenheit hatten wir es allerdings mit einer Action der kaiserl. Regierung zu thun, welche über die Schritte der anderen Mächte hinausreicht. Der Grund hiervon ist ganz klar: Oesterreich kann es bei seinen gegenwärtigen verwickelten Verhältnissen um so weniger gleichgültig sein, in seiner unmittelbaren Nachbarschaft Zwistigkeiten entwickelt zu sehen, welche um so mehr auf die österreichischen Grenzlande einwirken müssen, als die Homogenität der Volksabstammung dabei mit ins Spiel kommt. Da Oesterreich sonach alle Ursache hat, einen Conflict auch dort zu vermeiden, so erschien der Gedanke

damit gewissermaßen von selbst gegeben, durch freundschaftliche aber dringende Vorstellungen bei der Pforte dahin zu wirken, damit die Angelegenheit nicht größere, für die Nachbarstaaten gefährlichere Proportionen annähme. Es ist natürlich, daß der Gedanke, diese der österreichischen Politik bisher nicht freundlichen slavischen Bevölkerungen zu versöhnen und in ein besseres Verhältniß zu Oesterreich zu bringen, dabei auch seinen guten Theil hatte, und es konnte gerade in dieser Frage diesem Gedanken um so mehr Raum gegeben werden, als es sich dabei um Concessionen von Seiten der Pforte handelte, welche nach der Auffassung des Leiters der österreichischen Politik mit der Wahrung der türkischen Reiches in keinem wesentlichen Zusammenhange stehen, derselben vielmehr nur unnütze Anstrengungen auferlegen, ohne reellen praktischen Nutzen. Dieser Gedanke des Ministers fiel auf fruchtbaren Boden, und man konnte sich schon bei der Reise des serbischen Senatspräsidenten Marinobits überzeugen, daß die Stimmung in Serbien gegen Oesterreich eine wesentlich bessere geworden war.

Die weitere Erwägung, daß die Integrität der Türkei am besten, ja vielleicht einzig und allein nur in einer Reform der türkischen Justizpflege und Administration, dann in einer besseren Behandlung der christlichen Völkerschaften gefunden werden könne, scheint bei Baron Beust während seines Aufenthaltes in Dresden zur Reise gekommen zu sein, denn gleich von Anfang des Jahres datirt die vertrauliche Depesche nach Paris, in welcher er ein gemeinsames Handeln sämtlicher Garanten des Pariser Vertrages zu dem Zwecke empfahl, die Türkei auf die Dringlichkeit der Durchführung solcher Reformen aufmerksam zu machen. Um der Pforte gleichzeitig eine praktische Handhabe bieten zu können, wurde eine Revision des erwähnten Vertrages in der Richtung empfohlen, daß man dem Begriffe, welcher bisher mit der Bezeichnung „Hat-Humayun“ verbunden wurde, einen bestimmten, genau definirbaren Sinn unterlege; somit also die Concessionen specialisire, welche nach Ansicht der Garanten der Pforte zugemuthet werden könnten, ohne für dieselbe ihren eigenen muhamedanischen Unterthanen gegenüber allzu große Schwierigkeiten im Gefolge zu haben.

Der Plan des Freiherrn v. Beust fand dem Principe nach sowohl in Paris als auch in London und St. Petersburg Beifall. Das russische Cabinet, welches ja von jeher Concessionen an die christliche Bevölkerung in der Türkei erstrebt hat, ist daher entschieden in ein weit vertrauensvolleres, entgegenkommenderes Verhältniß zu Oesterreich gebracht worden, als dies seit dem Krimkriege der Fall war. In Bezug auf die Form, unter welcher am besten auf die Pforte eingewirkt werden könnte, haben sich, wie ich höre, die einzelnen Meinungen noch nicht festgestellt, doch scheint es zweifellos, daß die Action in Constantinopel bereits begonnen hat, was um so erforderlicher erschien, als die candidatische Angelegenheit bald zu einer so ernsthaften wurde, daß sich Frankreich und England veranlaßt fanden, dieselbe bei der Pforte in der ernsthaftesten Weise zur Sprache zu bringen, während Oesterreich sich von diesem, seine Interessen weniger berührenden Gegenstande bis jetzt noch entfernt hält. Die Sprache, welche die Westmächte der Pforte gegenüber führen, trägt einen weit schärferen Charakter, als die österreichischen Vorstellungen, welche das Maß einer freundschaftlichen Vorstellung nie überschritten haben, und es ist daher eine vollkommene Verwechslung der vorhandenen Thatsachen, wenn Oesterreich namentlich als diejenige Macht dargestellt wird, welche vorzugsweise auf die Türkei drücke und dabei selbstständige Vortheile im Auge habe; während dasselbe vielmehr nach wie vor das Princip der Erhaltung der Integrität der Türkei, als das für Oesterreich vortheilhafteste, auf das unzweideutigste bekundet und sich von diesem Gedankengange auch bei den weiteren Phasen leiten lassen dürfte, denen die orientalische Frage in nächster Zeit noch entgegengehen wird.“

## Die Stellung Baierns zu Oesterreich.

Unter dieser Aufschrift bringt die „Baier. Ztg.“ einen Artikel, dessen wesentliche Stellen wir nachstehend nach der „W. Abdpst.“ reproduciren.

Nachdem der Minister Fürst Hohenlohe in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 19. d. sein Programm ausführlich entwickelt hat, hält es die „Baier. Ztg.“ nunmehr für ihre Pflicht, die Consequenzen, welche dieses Programm für die Stellung Baierns zu Oester-

reich mit sich bringt, zu besprechen. Sie wendet sich zunächst gegen die in der Tagespresse hie und da erhobene Anklage, der bayerische Minister speculire darauf, daß der österreichische Kaiserstaat zerfalle und die deutsch-österreichischen Provinzen sich an Baiern anschließen, insbesondere gegen eine in Blättern ausgesprochene Behauptung, welche dem Minister selbst derlei Aeußerungen in den Mund legte. Die „Baier. Ztg.“ hat die Ermächtigung erbeten und erhalten, zu erklären, „daß diese Insinuation, die den Stempel höchster Unwahrscheinlichkeit schon an der Stirne trägt, eine vollständige, plumpe Unwahrheit ist.“ Sie fährt dann fort:

Wir wollen uns übrigens nicht auf diese Erklärung, so bestimmt sie ist, beschränken. Vielmehr halten wir es heute, nachdem der Fürst sein Programm dargelegt, an der Zeit, nachzuweisen, daß derselbe einen solchen Gedanken nicht nur nicht ausgesprochen hat, sondern daß ein solcher Gedanke gerade durch seine Anschauung der deutschen Frage vollständig ausgeschlossen ist.

Die Unmöglichkeit, ein Verfassungsbündniß, d. i. einen Vertrag über eine gemeinsame Bundesverfassung zwischen Oesterreich und dem südwestlichen Deutschland anzubahnen, wird von keiner Seite bestritten, und es kann unbedenklich zugegeben werden, daß es eben deshalb nicht nöthig gewesen wäre, Gründe für diesen allerseits zugestandenen Sachverhalt anzuführen.

Es würde sicherlich genügt haben, darauf hinzuweisen, daß, wie auch der Prager Friede interpretirt werden mag, jedenfalls so viel feststeht, daß die staatsrechtliche Stellung Oesterreichs zu dem übrigen Deutschland durch denselben geändert und daß durch denselben Baiern darauf hingewiesen worden, seine Beziehungen zum übrigen Deutschland, insbesondere zu Preußen, im Wege des Vertrages zu regeln.\*

Wenn Fürst Hohenlohe die Ansicht ausspreche, es scheine ihm das deutsche Element in Oesterreich mehr in den Hintergrund zu treten und die österreichische Regierung ihre Stütze mehr in außerdeutschen Elementen zu suchen, so wollte er, nach der Ansicht der „Baier. Ztg.“, damit weit weniger in innere Verhältnisse des Nachbarstaates sich einmischen und ein Urtheil über dieselben fällen, als die Consequenzen darlegen, welche das für Baierns Politik in der deutschen Frage entscheidend wichtige Auseinandergehen Oesterreichs aus dem deutschen Bunde im Gefolge gehabt habe.

Diese Consequenzen sind für Oesterreich Ueberwiegen des außerdeutschen Elements, für Baiern die Alternative, entweder den im Prager Friedensvertrage ihm vorbehaltenen vertragsmäßigen Anschluß an das übrige Deutschland anzustreben, oder gänzlich isolirt zu bleiben.

Baiern hat ersteres gewählt, und wir wollen versuchen zu zeigen, daß dieser Entschluß die freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu mit dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, in enger Verbindung steht.

Mit den offenen oder geheimen Anhängern des Rheinbundes rechten wir nicht, mit denjenigen, welche jede Annäherung an den deutschen Norden mit dem Hintergedanken widerrathen, sich im Falle eines Conflictes unter den Schutz des Auslandes zu stellen, rechten wir nicht; wir halten sie weder für gute Patrioten, noch für ernste politische Denker, am wenigsten für Kenner der deutschen Geschichte.

Wir sehen vielmehr einen einzigen Gesichtspunkt, der berechtigen könnte, über die Gefahren momentaner Isolirung wegschend, günstigere Constellationen zu Unterhandlungen mit dem deutschen Norden abzuwarten. Dieser eine Gesichtspunkt wäre die Ansicht, daß Oesterreich Krisen entgegengebe, die eine Lostrennung der deutschen Elemente zur Folge haben könnten, welche dann naturgemäß der südwestdeutschen Staaten-Gruppe sich anschließen und dieselbe in ihrem Verhältniß zum Norden kräftigen würden.

Wer es heute an der Zeit findet, mit der Anbahnung der Lösung der deutschen Verfassungsfrage nicht weiter zu zögern, der beweist mindestens so viel, daß er nicht glaubt, auf den Eintritt einer ihm hiebei zustattenkommenden Krisis in Oesterreich rechnen und solche abwarten zu können.

\* Art. 4 des Prager Friedensvertrages lautet wörtlich: Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gibt Seine Zustimmung zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Theilnahme des österreichischen Kaiserstaates. Ebenso verspricht Seine Majestät das engere Bundesverhältniß anzuerkennen, welches Se. Majestät der König von Preußen nördlich von der Linie des Maines begründet wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die südlich von dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammenzutreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.



Demjenigen, welcher auf einer gefährlichen Stelle seines Weges bei drohendem Gewitter sich aufhält, wird der vorübergehende Wanderer wohl mit Recht zurufen: Auf was warten Sie denn?! — Die Rede des Fürsten Hohenlohe macht uns den Eindruck, daß er die Hoffnung derer, welche aus Verlegenheiten Oesterreichs eine Kräftigung und Hilfe für Baiern erwarten und abwarten zu können glauben, nicht theilt und eben deshalb an der gefährlichsten Stelle nicht länger stehen zu bleiben gedenkt. In dieser Meinung bestärkt uns der vom Herrn Minister unmittelbar angefügte Wunsch eines Gedeihens der Bestrebungen für die Neubildung Oesterreichs, die offenbar in diesem Augenblicke ver sucht wird.

Wir halten dafür, daß die Erfüllung des hieran gereichten Wunsches freundschaftlicher Beziehungen durch die neuen Verwandtschaftsbande, welche für die beiden Herrscherhäuser in Aussicht gestellt sind, an Boden gewinnen werde.

Die „Br. Abdpst.“ fügt nachstehende Bemerkungen bei: Den Wünschen, welche das Münchener Blatt im Schlusssatz Ausdruck gibt, können wir unsererseits nur unbedingt beitreten. Wir glaubten obigen Aufsatz auch deshalb ausführlich wiedergeben zu sollen, weil er theilweise gegen unseren Artikel vom 21. d. M. gerichtet ist. Auf die Sache selbst gedenken wir bei Gelegenheit zurückzukommen und bemerken für heute nur, daß die „Baier. Ztg.“ im Unrecht ist, wenn sie uns das Spöttische unseres Tones zum Vorwurf macht. Wir haben so ernsthaft gesprochen, als es die „Baier. Ztg.“ nur immer thun kann, und wir glauben, das will einiges sagen. Uebrigens spricht die „Baier. Ztg.“ zum Schluß die Hoffnung aus, daß die österreichische Presse in der obigen Erklärung des Fürsten Hohenlohe eine den Interessen Oesterreichs unfreundliche Absicht nicht weiter finden werde.

## Oesterreich.

**Wien, 28. Jänner.** Um 11 Uhr Vormittags beging die ungarische Academie zum Andenken des Grafen Emil Döbessy eine Feier, welcher Maslath, Sennhey und nebst vielen anderen Notabilitäten sämtliche Academiker und ein zahlreiches Publicum beizuhorten. Baron Josef Csoy hielt die Denkrede, in welcher er, von der politischen Stellung Döbessy's Umgang nehmend, dessen Verdienste um die volkswirtschaftliche Entwicklung Ungarns und um die Academie schilderte. Der Academiker Karl Szasz trug ein Gedicht vor, dessen Gegenstand Döbessy ist. Der Vicepräsident der Academie, Melchior Lonhay, eröffnete und schloß die Feier mit einigen Worten. Um halb 1 Uhr war die Feier beendet. — Die heute Vormittags gemeldete Sitzung der Deputirtenversammlung findet morgen um 10 Uhr statt. Bezüglich des zu verhandelnden Gegenstandes meldet der „Lloyd“, die Abgeordneten wünschen, daß die werthvollen Schätze des Museums nur unter dem Einflusse und der Obhut des Landtages nach Paris gesendet werden.

## Ausland.

**Berlin, 28. Jänner.** Die Anhänger der Regierungspolitik haben sich definitiv für die Aufstellung folgender Candidaturen entschieden: Im ersten Wahlbezirk für Kriegsminister von Noo; im zweiten für Graf Bismarck; im dritten für General von Moltke; im vierten für General Vogel von Falkenstein; im fünften für General Herwarth von Bittenfeld und im sechsten für General von Steinmetz. — Heute fand eine Bundesconferenz statt. Die Commission des Herrenhauses lehnte das Gesetz bezüglich der Diäten für Reichstagsabgeordnete ab. — Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift des Abg. Waligorski, in welcher derselbe die Nachricht von einer in Aussicht stehenden Monstrepetition der polnischen Emigranten an das Parlament gegen die Einverleibung Posens und Westpreußens dementirt und erklärt, die Petition sei innerlich unwahrscheinlich, da die Polen dem Reichstage das Recht bestreiten, die Einverleibung zu beschließen.

**München, 28. Jänner.** Die „Baierische Zeitung“ schreibt amtlich: Am 9. Jänner ergingen gleichlautende Noten an die Gesandtschaften Baierns in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt folgenden Inhaltes: Nach erfolgter Aufhebung des deutschen Bundes und bei der Schwierigkeit der Feststellung einer neuen Bundesverfassung zwischen Baiern und den übrigen deutschen Staaten gebietet doch die Pflicht der Selbsterhaltung, die aufgehobenen Grundbestimmungen durch andere, wo möglich bessere zu ersetzen. Die Bundeskriegsverfassung besteht nicht mehr; es ist daher hohe Zeit, zum Schutze der süddeutschen Staaten (ausschließlich Oberheßens) eine andere Kriegsverfassung unter Benützung der gewichtigen Lehren des letzten Jahres festzustellen. Eine Vereinbarung darüber ist sehr dringend notwendig. Um der dringenden Gefahr des Zustandekommens verschiedener Militärverfassungen zu begegnen, schlägt die Regierung behufs Abschlußes einer gemeinsamen oder doch gleichartigen Wehrverfassungsübereinkunft eine Conferenz der Minister des Aeußern und der Kriegsminister der genannten Staaten vor, bei welcher gleichzeitig über die Festungen Ulm und Rastatt die Verfügung zu treffen wäre. Die „Baierische Zeitung“ schreibt weiter: Nachdem eine vorläufige Uebereinstimmung hierüber erzielt wurde, schlug Baiern folgende Berathungsgegenstände

vor: Die Versammelten anerkennen es als ein Bedürfnis der Zeit, die Wehrkräfte ihrer Länder zu erhöhen und so zu organisiren, daß sie zu einer achtungsgebietenden gemeinsamen Action befähigt wären. Sie einigen sich zu einer möglichststen Erhöhung ihrer Wehrkräfte, welche den Principien der preussischen nachgebildet ist. Die baierischerseits aufgestellten Principien des Wehrsystems sind: Allgemeine Wehrpflicht mit Aufhebung des Losens, des Tausches und der Stellvertretung; Uebertritt der Ausgedienten in die Kriegreserve mit dreimonatlicher Uebung und Kriegsverwendung gleich der Linie; hernach Eintritt in die Reservebataillone mit kurzen Jahresübungen und Kriegsverwendung neben der Linie; Verwendung des Restes der Waffenfähigen in zwei Abtheilungen, wovon die jüngere innerhalb der Landesgrenzen und die ältere nur im Wohnorte verwendbar wäre.

**Paris, 25. Jänner.** (A. Allg. Ztg.) Bei den ersten Anzeichen einer Aufregung der Vorstädte wegen der Theuerung konnte ich die vollkommene Beruhigung geben: diese Regierung sei stark genug, um auch über die Brod- und Fleischpreise zu verfügen. Es bestätigt sich. In der vorigen Woche nahm die Aufregung insbesondere im Faubourg Saint Antoine zu. Seit drei Tagen ist die Kornbörse in voller Panik. Der Saft Mehl fiel um 7 Fr. Herr Darblay, der stärkste Händler, verkaufte massenhaft zu herabgesetzten Preisen, und zwar, was kein Geheimniß ist, für Rechnung der Regierung, welche Vorräthe weit über ihren Bedarf aufgebraucht hatte. Andererseits besteht seit drei Tagen wieder eine Anzahl „ökonomischer Defen“, welche Brod, Fleisch und Gemüse um 50 Perc. unter den Herstellungskosten liefern. — Voltaire, dem das „Siècle“ mittelst öffentlicher Subscription eine Denksäule in Paris, wo er bereits drei besitzt, errichten will, sagte von den Parichern: „Paris ist ein großer Geflügelstall voll indischer Hühner, welche ein Rad schlagen, und voll Papageien, welche unverständliche Worte nachplappern. Versailles schickt den Parichern das tägliche Futter, und läßt sie schreien. Die Provinzen sind ruhiger und vernünftiger; sie lassen Herrn Turgot Gerechtigkeit wiederfahren. In Paris will die bessere Gesellschaft stets Neues, und die zahllose Canaille subalterner Schriftsteller erwartet das Neue, um es zu verlachen, andere darüber lachen zu machen und damit ein Stück Geld zu verdienen. Die Canaille der Literatur ist unverschämter und gefährlicher als die Canaille der Hallen.“ — In einem Städtchen der Gironde, Geburtsort des neuen Ministers Foreade de la Moquette, ließ der Maire ihm zu Ehren fünf Kanonenschüsse geben, und der Gemeinderath richtete an ihn eine Adresse. Es erhält sich das Gerücht: Herr Rouher werde seine Freihandelsgrundsätze nun auch im Innern verwirklichen, also die Octroisbänke stürzen, die Canalzölle abschaffen u. s. w. Der Unsinn liegt auf der Hand. Eine Reform des Octroi wird sich darauf beschränken, daß gewisse Besteuerungen der Getränke, welche neben dem Octroi bestehen; zweckmäßiger eingerichtet werden. Die Steuererminderung für den Ackerbau wird ebenfalls eine Chimäre bleiben; denn nicht nur müßte der Ausfall durch andere Steuererhöhungen oder neue Abgaben gedeckt werden, sondern die sogenannte Finanzreform bezweckt auch die Vermehrung der Staatseinnahmen. Seitdem Herr Guizot dem neuen Finanzminister einen Gladstone an den Kopf geworfen hat, geht das Compliment in gewissen Kreisen von Mund zu Mund. Gladstone's Ruhm besteht in der Schuldentilgung und in der Abgabenverminderung. Der geistreichste Kopf in Frankreich wird sich nicht bis zu einem solchen Ideal versteigen wollen. Die Foul'sche Gruppe von Financiers verhält sich zu dem Umschwung sehr pessimistisch; doch ist es unwahr, daß Herr Soubeyran, ein Sohn des Herrn Foul, das Opfer bringen will, als Unterhändler der Bodencreditanstalt seine Demission zu geben. — Bemerkenswerth ist die Rede des neuen Flottenministers an die Marine-Officiere. Admiral Rigault de Genouilly sprach sie mit dem Feuer eines Feldherrn an, welcher einer Campagne entgegensteht. Als die ihm vom Kaiser anvertraute Mission bezeichnete er: Umgestaltung der Flotte, der Artillerie und der Taktik. Und die Umgestaltung hat seit Jahren wohl schon weit mehr als eine Milliarde gekostet! — Der Appellationshof fällt heute sein Urtheil in Sachen des „Journal de Varsovie.“ Er stürzte das erstinstanzliche Urtheil grundsätzlich um. Sein Urtheil stellt folgende neue Jurisprudenz auf: Fremde Zeitungen werden durch die Thatfache ihrer Postaufgabe nach Frankreich französische Veröffentlichungen, mithin sammt ihren Correspondenten den französischen Gerichten zuständig. — Diese Neuierung hat eine sehr große Tragweite. Wir können sie der Discussion in allen auswärtigen Blättern nicht dringend genug empfehlen.

— Das „Memorial diplomatique“ theilt verschiedene Nachrichten mit, die es den ihm über die Vereinigten Staaten zugegangenen Correspondenzen aus Mexico entnimmt. Diese Nachrichten reichen bis zum 25. December. Kaiser Maximilian hatte vor seiner Abreise von Orizaba durch seinen Minister des Innern alle bekannten Führer der Dissidentenpartei zur Theilnahme an dem bevorstehenden Plebisit officieell einladen lassen. Er will, daß auch seine Gegner auf diesem am 1. Februar stattfindenden nationalen Congresse vertreten seien. Der weiten Strecken wegen, die einzelne aus den äußersten Provinzen herbeizukommende

Theilnehmer bis in die Hauptstadt zurückzulegen haben, dürfte jedoch diese Versammlung noch einmal hinausgeschoben werden. Kaiser Maximilian ist keineswegs entschlossen, wenn die Republik wieder eingeführt werden sollte, als Candidat für die Präsidentschaft aufzutreten, wie einige amerikanische Blätter behauptet haben. Er wird sofort abdanken, wenn das Kaiserreich nicht durch eine unzweideutige Kundgebung des Volkswillens beibehalten werden sollte. Maximilian ist in Puebla geblieben, weil das Fieber, das ihn in Orizaba verlassen hatte, wieder auftritt. Er wird auch nicht in der Hauptstadt Mexico verweilen, sondern sich sofort nach Cuernavaca begeben, um daselbst das endgiltige Resultat der Congreßverhandlungen abzuwarten. Bis dahin überläßt er den Ministern die volle Verantwortlichkeit für alle Regierungshandlungen und beschränkt sich auf Unterzeichnung der Verordnungen, die ihm von denselben vorgelegt werden.

**Von der spanischen Grenze, 22. Jänner.** Die Regierung von Portugal, in der Kammer wegen der Einberufung der Reserven und der Bildung eines permanenten Lagers lebhaft interpellirt, hat sich unter anderm auf die Gefahren durch die vielen spanischen Emigranten berufen. Bei dieser Gelegenheit gab der Kriegsminister Fontes auch Aufklärung über den Aufstand eines Armeecorps in der Provinz Tras-os-Montes, der schon lange die öffentliche Meinung benruhigte. Man wußte, daß ein General plötzlich das Land hatte verlassen müssen, und daß viele Officiere und Unterofficiere in Lissabon eingesperrt seien. Doch glaubte man immer noch an Uebertreibungen der Ultramontanen, um so mehr, als die Thronrede des Königs Dom Luiz nichts hierüber geäußert hatte. Nach den Mittheilungen des Kriegsministers ist nun nicht mehr an dem Ernst der Sache zu zweifeln. — Die „Perseverancia“ von Saragossa widerspricht aufs bestimmteste der Behauptung, daß die Familie Montpensier Spanien verlassen und nach England reisen werde. — Die Ernennung Tenorio's, des frühern Geheimschreibers Isabells II und politischen Gegners von Narvaez, auf den Gesandtschaftsposten von Wien wird als eine vergoldete Verbannung angesehen. (Allg. Ztg.)

Aus Madrid wird bestätigt, daß der Herzog und die Herzogin von Montpensier, sowie der Infant Don Heinrich von Bourbon Befehl erhalten haben, sich ins Ausland zu begeben. Der Correspondent der „Allg. Ztg.“ schreibt darüber: „Die Verbannung des Herzogs und der Herzogin von Montpensier bestätigt sich, und auch der Infant Heinrich von Bourbon, Bruder des Königs, muß das Land meiden. Die Ernennung Don Tenorio's zum spanischen Gesandten in Wien wird gleichfalls als eine Verbannung betrachtet. Die Schwester Patrocinia und Pater Elart haben Narvaez genöthigt, diese einflußreiche Persönlichkeit aus der Nähe der Königin zu schaffen. Narvaez ließ sich das nicht zweimal sagen, da er weiß, daß Don Tenorio nicht sehr freundliche Gefinnungen für ihn hegt.“

## Tagesneuigkeiten.

— (Oesterreichisch-preussischer Handelsvertrag.) Wie man der „Bohemia“ berichtet, hat Preußen für Stahl und Lederwaaren, Wiener Artikel, bedeutende Concessionen gemacht, wogegen Oesterreich in jenen Punkten, wo der Vertrag von 1865 höhere Zölle als jener von 1853 festsetzt, auf die letztern herabgeht. Hinsichtlich des Weinzolles will Preußen von 4 auf 3 Thlr. Eingangszoll herabgehen, während Oesterreich auf dem Zwei-Thaler-Zoll besteht, weil nur hiezu die ungarischen Mittelweine in Deutschland Absatz finden können.

— (Wohnungsverein.) In Wien beabsichtigt man einen Wohnungsverein ins Leben zu rufen, um es möglich zu machen, daß selbst minder Bemittelte schon nach kurzer Zeit in den zinsfreien, bleibenden Besitz einer gesunden und zweckmäßig situirten Wohnung gelangen. Das Klammern und Ausziehen, das Steigern und Zinszahlen, die Haus- und Ackerwirtschaft soll für den Subalternbeamten, für den kleineren Geschäftsmann, für den Pensionisten ein Ende erreichen. Die Personen, welche sich mit diesem Gedanken beschäftigen, sind ein Jurist, ein Nationalökonom und ein Techniker.

— (Curiosum zur Sprachenfrage.) Der Bürgermeister eines kleinen niederösterreichischen Städtchens erhielt vor einiger Zeit eine Zuschrift des Magistrates in Dedenburg, in ungarischer Sprache abgefaßt. Der betreffende Bürgermeister erwiderte hierauf, daß ihm die Zuschrift wohl zugekommen und wahrscheinlich Pakangelegenheiten betreffen, da jedoch in dem Städtchen niemand der ungarischen Sprache mächtig, so ersuche er um eine Uebersetzung. Gleichzeitig fügte er hinzu, wenn jedoch dem löblichen Magistrate in Dedenburg niemand bekannt sei, der das Ungarische in das Deutsche übertragen könne, so möge sich derselbe an den Ochsenwirth in Dedenburg wenden, welcher ein guter Freund von ihm sei und der die Güte haben werde, dieses zu veranlassen. Honny soit qui mal y pense!

— (Richard Wagner) soll in München in der nächsten Woche wieder einziehen. Nun wird auch die Ausführung des idealen Volkstheaters noch mehr betrieben werden. Die „Allg. Ztg.“ ist der Ansicht, daß mit dem ersten Steine der Grundstein zu einer Ruine gelegt wurde, wozu mehr als eine Million geopfert wäre.



